19. DGB-Bundeskongress
1. Tag – 16. Mai 2010
Grußwort von Klaus Wowereit
Regierender Bürgermeister
von Berlin

Lieber Michael Sommer, liebe Delegierte des Bundeskongresses, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen in Berlin! Ich freue mich, dass ich anlässlich des 19. Parlaments der Arbeit und des 19. Bundeskongresses hier ein Grußwort sprechen darf. Das ist für mich eine besondere Ehre.

Lieber Michael Sommer, ich finde es nur ein bisschen schade, dass das immer nur alle vier Jahre passieren kann. Ich weiß, dass es für Dich besser ist, alle vier Jahre zu tagen; aber wir müssen immer so lange warten, bis Ihr wieder da seid. Herzlich willkommen in Eurer Hauptstadt Berlin! (Beifall)

Das Motto dieser Auftaktveranstaltung „Mut gegen Rechts" ist ein Motto, das heute leider immer noch notwendig ist, weil es bedauerlicherweise in unserer Gesellschaft immer wieder nachwachsende Generationen von Menschen gibt, die nichts aus der unsäglichen Geschichte des Nationalsozialismus gelernt haben, die heute offen gegen unsere Demokratie auf die Straße gehen, die mit demokratischen Mitteln versuchen, unsere Verfassung auszuhebeln.

Dies konnten wir erst jüngst wieder am 1. Mai miterleben, als Neonazis versucht haben, den Tag der Arbeit zu missbrauchen - nicht nur die Chaoten in Kreuzberg-Friedrichshain, sondern die Neonazis versuchen zunehmend, den Tag der Arbeit zu missbrauchen. Ich war stolz, meine sehr verehrten Damen und Herren, als am nächsten Tag die Headlines nicht lauteten „Die Krawallmacher haben Berlin zerstört", sondern „Berlin stellt sich gegen die Neonazis". Das ist das Verdienst von Bürgerinnen und Bürgern, von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und von Politikerinnen und Politikern, die sich diesen Aufmärschen entgegengestellt und entgegengesetzt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall)

Mögen da Ordnungswidrigkeiten begangen worden sein – ich finde es gut, dass eine Demokratie wehrhaft ist. (Beifall) Eine Demokratie muss auch zeigen, dass sie es nicht zulässt, dass Menschen unsere Freiheit gefährden. Dazu gehört auch, wie Michael Sommer zu Recht gesagt hat, dass endlich das Verbot der NPD wieder auf die Tagesordnung kommt und die Innenminister derjenigen Länder, die das heute noch immer nicht wahrhaben wollen, am erfolgreichen Verbot der NPD mitarbeiten. (Beifall)

Jeder weiß, dass die Mittel der NPD zu 80 Prozent aus Steuergeldern kommen. Ich halte es für unerträglich, dass wir das alles noch mitfinanzieren. Deshalb muss hier gehandelt werden.

Eben ist in dem Musikbeitrag deutlich geworden: Intoleranz, Verfolgung von Menschen ist nicht nur ein Thema von Neonazis, sondern das umfasst unsere gesamte Gesellschaft. Auch da sind die Gewerkschaften immer Verbündete und Partnerinnen und Partner im Kampf gegen Intoleranz, gegen Ausgrenzung. Daher ist es wichtig, dass dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung genommen wird. Deshalb dem DGB ein großes Dankeschön, und zwar nicht nur für den heutigen Tag, wo man Zeichen setzt, sondern auch für die tägliche Arbeit, die dahintersteht.

Wir haben schwierige Zeiten. Ich glaube, das hängt auch mit dem eben beschriebenen Thema zusammen. Gerade in solchen Zeiten müssen wir aufpassen, dass nicht Extremisten die Oberhand gewinnen. Es ist für uns eine Aufforderung, für stabile Verhältnisse in dieser Republik zu sorgen, und zwar alle miteinander, unabhängig von der politischen Couleur, unabhängig davon, ob Arbeitgeberverband oder Gewerkschaft. Keiner kann ein Interesse daran haben, dass hier instabile Verhältnisse entstehen.

Wir befinden uns noch immer in dieser riesigen Wirtschafts- und Finanzkrise, die weltweit die Menschen erschüttert, die Verwerfungen hervorruft, die unterschiedlich sind. Die Bundeskanzlerin hat vorhin die Legende erzählt, aber aus ihrer Sicht. Ich weiß noch, als wir Ende des Jahres 2008 in Dresden zum sogenannten Bildungsgipfel zusammengekommen sind. Das war anschließend ein Maulwurfshügelchen, weil nichts herausgekommen ist, weil sich Länder und Bundesregierung um eine Milliarde Euro zusätzliche Investitionen von der Bundesseite her gestritten haben. Die war nicht da, meine sehr verehrten

Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die eine Milliarde war nicht da. Zwei Wochen später haben innerhalb von einer Woche Bundestag und Bundesrat die Abschirmung im Umfang von 480 Milliarden Euro beschlossen. Das ging auf einmal. Ich füge hinzu: Das war notwendig. Aber es bleibt doch ein bitterer Beigeschmack, wie sich die Relationen durch internationale Bankenkrisen, Finanzspekulationen, hausgemachte Dinge – all das kombiniert sich – verschieben.

Dann haben einige gedacht: Es ist schon wieder vorbei. Nein, es ist eben nicht vorbei. Spätestens mit der Griechenlandkrise ist doch allen einmal deutlich geworden, dass wir noch immer mittendrin sind. Es ist auch deutlich geworden, dass nationale Lösungen allein nicht mehr ausreichend sind, um sich dagegen zu wehren. Wieder mussten Bundestag und Bundesrat in ganz kurzer Zeit ein Rettungspaket schnüren, diesmal für Griechenland: 22 Milliarden Euro plus einige Summen, die im Kleingedruckten nicht richtig ausgewiesen waren.

Das hielt zwei Tage. Man dachte: Das hält wunderbar, 22 Milliarden Euro sind ja ein riesiger Betrag. Es hielt ganze zwei Tage. Kaum waren die Wahllokale in Nordrhein-Westfalen geschlossen, kam die nächste Botschaft, dass andere Länder genauso gefährdet sind, dass Deutschland erst einmal wieder mit weit über 120 Milliarden Euro dabei ist. Im Rahmen des Kleingedruckten im Zusammenhang mit den 500 Milliarden Euro wird Deutschland noch mehr in die Verantwortung genommen.

Wieder einmal werden die Bürgerinnen und Bürger in die Verantwortung genommen, nicht die Spekulanten. Wieder einmal kommen die Spekulanten und die Finanzhaie davon. Bei denen haben wir nichts davon gehört, dass irgendjemand Schaden genommen hat, der dort spekuliert hat.

Die große Frage, die sich die Menschen in der Republik und selbstverständlich die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Saal stellen, lautet: Wie lange soll das eigentlich noch weitergehen? Wann ist die nächste Krise da? Hat Ackermann recht, der bei Illner eine schöne Plattform bekommen hat, dass das alles nichts nutzt? Und wie lange wird überhaupt noch das gesamte System dort funktionieren können?

Ich möchte hier nicht den Eindruck erwecken, als ob es irgendwo einfache Lösungen gibt. Dies ist sicherlich nicht der Fall. Keiner würde dieses System der Verantwortungslosigkeit dieser Spekulanten von heute auf morgen beseitigen können; da gebe ich der Bundeskanzlerin recht.

Es ist auch selbstverständlich, dass in solchen Notsituationen dem griechischen Volk unsere Solidarität gehört. Auch da zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche. (Lebhafter Beifall) Da sind noch hausgemachte Probleme dabei, ohne Frage. Aber wer heute so tut, als ob man das nicht hätte erkennen können und dass die Griechen so pfiffig waren, das alles zu verbergen, der hat natürlich auch nur die halbe Wahrheit erzählt.

Aber wir sehen, das Griechenland dran ist, wir wissen, dass auch andere Länder in Schwierigkeiten sind. Und da muss Solidarität herrschen. Wir sind stolz darauf, dass es dieses vereinte Europa gibt. Und für Deutschland bedeutet das vereinte Europa auch Frieden in Europa, und deshalb werden wir auch immer wieder den europäischen Gedanken mit aller Kraft verteidigen. Die Gewerkschaften waren immer diejenigen, die das auch nach vorne gebracht haben. Auch da sind wir uns einig, Michael Sommer. (Leichter Beifall) Das geht nur europaweit und international, die Solidarität in Europa ist nicht teilbar. (Beifall)

Aber die Beschreibung dieser Zustände alleine kann doch nicht die Lösung sein. Entweder es ist so, dass Politik nichts machen kann, dann soll man es offen sagen, dann erklärt man seinen eigenen Bankrott und sagt: „Es geht so." Oder man muss in der Tat sehen, mit welchen Instrumenten man dagegen arbeiten kann. Und da sind natürlich die Finanztransaktionssteuer oder eine europäische Ratingagentur oder natürlich das Verbot von Leerverkäufen und, und, und ein Instrument.

Die Kanzlerin hat das alles aufgezählt. Aber was hat sie im Prinzip gesagt? Wenn sich Michael Sommer durchsetzt, dann wird sie sich nicht in den Weg stellen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir vertrauen Michael Sommer, aber besser wäre es, wenn Michael Sommer und Angela Merkel gemeinsam in Europa dafür kämpfen würden. Das wäre die richtige Antwort dafür. (Lebhafter Beifall)

Wir wissen doch, dass das von einem Teil der Regierung – die Kanzlerin kam hier heute zwar in Grün-Schwarz an – – (Zurufe) – Ja, ein bisschen Rot war auch dabei. Aber nicht nur der Hintergrund, sondern der Vordergrund ist natürlich dominierend. Bei ihr selber war das so. Wir wissen, dass ein Teil dieser Regierung gar nicht daran denkt, überhaupt etwas zu machen. Wenn eine Partei nichts gelernt hat aus dieser Finanzkrise, dann ist es die FDP, und die ist auch noch stolz darauf. Deshalb braucht man mit denen gar nicht darüber zu reden. Solange sie etwas zu sagen hat, wird sie es verhindern, und zwar mit Absicht, nicht aus Dummheit. (Beifall)

Ich sage auch, diese Kontrolle hat doch nichts mit Ideologie zu tun. Das ist doch hier nicht irgendetwas, was linke Gewerkschaften oder linke Parteien von einer konservativen Regierung fordern, sondern es ist doch eine Frage von Anstand und Moral, dass die Spekulanten nicht weiter erfolgreich sein dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das muss doch im Moment das Ziel aller Demokratinnen und Demokraten sein. (Lebhafter Beifall)

Wir haben eine Situation, in der man über Schuldenbremse reden kann, wie man will. Das Ergebnis dieser Krise, neben den vielen Arbeitslosen, die auch produziert worden sind, neben den Regierungen, die ins Straucheln geraten sind, und den-Volkswirtschaften, ist in Deutschland, dass alle drei Ebenen in den Ruin getrieben werden, die Kommunen genauso wie die Länder und der Bund. In diesem Zusammenhang über eine Schuldenbremse zu diskutieren, ist schon fast lächerlich.

Frau Roth (CDU), die Präsidentin des Deutschen Städtetages, hat das noch mal deutlich gemacht: 15 Milliarden Euro fehlen den Kommunen in diesem Jahr. Das ist ja nicht einmalig, das bleibt auch in den nächsten Jahren. Bei 15 Milliarden Euro Fehlbestand in den Kommunen kann man nicht ein verbessertes Kinderbetreuungsangebot finanzieren, dann kann man nicht in die Infrastruktur investieren, dann kann man nicht im demografischen Wandel etwas für die Älteren in unserer Gesellschaft tun. Wer das nicht begreift, der versündigt sich an den Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb bauchen die Kommunen Hilfe von allen, und zwar von den Ländern genauso wie vom Bund. (Beifall)

Wer in einer solchen Phase noch von Steuersenkungen redet, der versündigt sich nun wirklich. Man kann in einem Steuersystem auch umschichten, das wird man bei unterschiedlichen Regierungen nicht verhindern können. Aber Steuervolumen zu entziehen, wenn man diese riesigen Schwierigkeiten hat, geht an der Notwendigkeit vorbei. Es hat ja lange gedauert, bis die Bundeskanzlerin das nach der NRW-Wahl mal gesagt hat. Ob es Regierungspolitik ist, haben wir noch nicht richtig gehört. Sie hat jedenfalls schon mal etwas gesagt. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Erkenntnis. Alles andere wäre fatal. Aber schon die alten Steuersenkungen führen bereits zu einer hohen Belastung. Noch besser wäre es, wenn man den Mut hätte, diese Steuersenkung, beispielsweise die für Hoteliers, zurückzunehmen, damit man mehr Kaufkraft für die Kommunen entfaltet. (Bravo-Rufe – lebhafter Beifall)

Wir werden in unserer Gesellschaft noch stärker den gesellschaftlichen Diskurs pflegen. Es geht darum, wie sich diese Gesellschaft neu ordnet. Wie stellt sie sich den Herausforderungen? Da gibt es Alternativen, und da lautet die Fragestellung: Wollen wir diese solidarische Gesellschaft? Wollen wir Solidarität, die es dort gibt? Wollen wir Gerechtigkeit und wollen wir Arbeit für alle haben? Oder wollen wir eine interessengesteuerte Politik haben? Das sind Alternativen, die liegen auf dem Tisch, und die kann man in der unterschiedlichen Herangehensweise auch spüren.

Ich glaube, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Solidarität will, und zwar nicht eine Solidarität als Almosen gegenüber denjenigen, die etwas schwächer sind, sondern aus Verstand. Auch die Mehrheitsgesellschaft muss verstehen, dass derjenige, der starke Schultern hat, mehr leisten muss als der Schwächere. Sonst funktioniert dieses System nicht. Es kann nicht angehen, dass jemand bettelt und dann ein Almosen kriegt, sondern Erkenntnis muss sein, dass eine solidarische Gesellschaft bedeutet, dass jeder mitgenommen wird, auch die Rentnerin, die in Altersarmut lebt. Sie muss teilhaben können am gesellschaftlichen Leben genauso wie der arbeitslose junge Mensch oder der Mensch mit Migrationshintergrund, der keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hat. Solidarische Gesellschaft heißt, für alle ein Angebot zu machen. Das muss unsere Aufgabe sein. Dafür stehen die Gewerkschaften, und dafür steht auch die SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das bedeutet, dass das Thema Mindestlohn endlich mal beantwortet werden muss, aber doch nicht so, wie die Kanzlerin es hier getan hat. Es ist doch eine Schande, dass jemand den ganzen Tag arbeiten geht, sich den Buckel krumm macht. Das gilt für die Friseurin in Dresden genauso wie für den kleinen Angestellten in Wanne-Eickel, die davon leben können müssen, zwar nicht in Saus und Braus, aber doch minimal leben können müssen. Das ist Mindestlohn, und das brauchen wir in unserer Gesellschaft. (Starker Beifall)

Wir wissen, dass dieses Thema bei Gewerkschaften nicht immer unumstritten war, weil es in der Tat auch ein Eingeständnis ist, dass die Tarifautonomie in bestimmten Bereichen nicht funktioniert. Wir wollen das nicht ersetzen, sondern wir wollen eine starke Tarifautonomie. Aber dort, wo es nicht funktioniert, muss der Staat intervenieren. Und dafür muss man stehen. Wo kommen wir denn dahin, wenn heute schon 3,4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Aufstocker sind und es politische Kräfte gibt, die das auch noch gut finden und sagen: „Es ist doch schön, dass die Arbeitgeber die Löhne sparen, soll der Staat das doch ausgleichen." Das sind dieselben, die Soziale Marktwirtschaft predigen. Nein, Soziale Marktwirtschaft heißt, einen Ausgleich zu schaffen nach dem Motto: für gute Arbeit auch gutes Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Bremen hat das Vergabegesetz schon geändert. Unser Vergabegesetz befindet sich im Gesetzgebungsverfahren. Wir sind noch ein bisschen hinterher. Die 7,50 Euro haben wir ins Gesetz hineingeschrieben. Ihr fordert 8,50 Euro. Das ist sicherlich vernünftig, und das muss auch als Orientierung dienen. Dies ist natürlich nicht der Lohn, den wir fordern. Nein, wir alle wollen einen höheren Lohn, aber es muss einen Mindestlohn geben, und ich glaube, auch das ist keine ideologische Frage mehr.

In allen Ländern der EU gibt es – auch unter konservativen Regierungen – den Mindestlohn. Das ist für mich eine Frage von Moral und Anstand. Schließlich geht es darum, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen vernünftigen Lohn zu zahlen. Viele Arbeitgeber tun dies aus Überzeugung. Viele Arbeitgeberverbände sind für den Mindestlohn. Nur unsere Regierung ist dagegen. Das muss sich ändern. Und wir werden sie so lange treiben, bis sie sich bewegt. Frau Merkel hat sich heute ein bisschen bewegt. Wir werden ihr helfen, damit sie sich noch weiter bewegt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das Thema „Kopfpauschale" ist hier gar nicht angesprochen worden. Ich will nur ein Stichwort nennen: Wir wollen ein gerechtes Gesundheitssystem. Gerecht darf aber nicht bedeuten, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer unverschämten Art und Weise zur Kasse gebeten werden sollen. Es muss ein System sein, bei dem die Gesundheitsversorgung nicht vom Geldbeutel der Patienten abhängig ist. Wir müssen zu einem gerechten System kommen, und die Bürgerversicherung ist das richtige Stichwort – nicht die Kopfpauschale. Damit können wir nicht leben, und damit können auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht leben. (Beifall)

Ich wünsche dem DGB-Kongress einen guten Verlauf. Die Gewerkschaften sind in unserer Gesellschaft wesentliche Träger der Meinungsbildung. Im Pluralismus muss man kämpfen. Die Arbeitgeberverbände und auch andere versuchen, ihren Lobbyismus zu betreiben; das ist auch ihr legitimes Recht. Wer aber eine solidarische Gesellschaft will, wer eine Gesellschaft für alle will, der muss auch Gewerkschaften wollen, und zwar starke Gewerkschaften. Das ist unabdingbar. Sonst wird es in unserer Gesellschaft nicht funktionieren. Deshalb ist es so wichtig, dass dieser Kongress erfolgreich ist. Deshalb ist es so wichtig, dass die einzelnen Gewerkschaften erfolgreich sind. Alles Gute bei Eurer Arbeit! Viel Erfolg! Gemeinsam streiten für eine solidarische Gesellschaft im Interesse aller Menschen in unserer Republik – das ist wichtig für uns alle und für ein vereintes Europa. – Schönen Dank. (Starker Beifall)

•